

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortlich: Max Heineke
Verlagsnummer: 25241
Kurs für Redakteure: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Quadrat berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Wfg. für einmal 10 Wfg. Familienanzeigen und Zeitungsbeleg ohne Rabatt 15 Wfg. außerhalb 15 Wfg. bis 90 mm breite Zeile 200 Wfg. außerhalb 250 Wfg. Offertengebühr 30 Wfg. Ausländische Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markenstraße 38/42
Druck und Verlag von E. P. & H. Schmidt in Dresden
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Redaktion nur mit deutlicher Aufschrift („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Prager Straße **Konditorei** Ecke Sidonienstr.
Angenehmer Aufenthalt :-: Pilsner Urquell

Koffer
Enterlein
Waisen-
hausstr. 23

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielplanos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Martin-
str. 12 Bautzen in Semmer-
str. 6

Wichtige Unterredung Briand-Chamberlain

Ozeanflug Schitago-Grönland-Stodholm gesichert. — Sieg der Südmare vor Peking.

Französische Wünsche für die Ratstagung.

Anzufriedenheit über die Colthard-Untersuchung.

Paris, 2. Juni. Der englische Außenminister Chamberlain wird auf der Durchreise nach Genf am heutigen Sonntag in Paris eine bedeutsame Unterredung mit Briand am Canal d'Orsay haben.

Wie der offizielle „Petit Parisien“ hervorhebt, wird sich die Unterhaltung vor allem auf die Fragen erstrecken, die auf der Tagesordnung der Tagung des Völkerbundes stehen, der Stresemann und Briand aus Gesundheitsgründen nicht beizuwohnen können. Unter den zwischen Briand und Chamberlain zu erörternden Fragen befinden sich der Kellogg-Kriegsvertragsvertrag, das Ergebnis der deutschen Wahlen und die schwebende Angelegenheit „Paul Boncour, der an Stelle Briands die französische Völkerbundsversammlung führe, werde erst auf Grund der Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand seine Anweisungen erhalten.

Im Vordergrund der Fragen, mit denen sich der Rat zu beschäftigen haben werde, stehe die „Agent-Gottthard-Affäre“. Briand werde gegenüber Chamberlain eine ganz entschiedene Sprache führen, da es um das Ansehen des Völkerbundes und der Friedenspolitik gehe und die „Agent-Gottthard-Affäre“ ein Kennzeichen des Falls des „Waffenstillstands“ darstelle. Chamberlain werde sich der gleichen Ansicht sein. In der Frage der Vollmachten des Präsidenten hätte der Dreier-Ausschuss keine glückliche Hand gehabt. Protokolle und Botschaften hätten eine beratende Unentschiedenheit gezeigt, daß die Unterredung dieser Frage sorgfältig und die Entscheidung auf die Septembertagung des Rates vertagt werden dürfte, um gleichzeitig auch die Vollziehung des Bundes befragen zu können.

Bei der Erörterung der ungarischen Optantenfrage, für die Chamberlain Verzichtstatter sei, würden Graf Apponyi und Titulescu erneut einander gegenüberstehen. Die Dauer der Tagung werde davon abhängen, ob man diese Frage einer friedlichen Lösung werde zuführen können oder erneut vertagen müssen. Das gleiche gelte für den litauisch-polnischen Konflikt, der infolge der Haltung Woldeparas eine immer unzulässiger Wendung annehme. Der Verzichtstatter in dieser Frage könne nur auf den Mißerfolg der polnisch-litauischen Verhandlungen

in Königsberg hinweisen. Es läge aber kein Grund für die Annahme vor, daß Jaseff diesmal die Angelegenheit zur Entscheidung treibe, obwohl Woldeparas seit Dezember zahlreiche Beweise seines bösen Willens gegeben habe. Der Rat müsse das Verhalten Woldeparas' scharf kritisieren.

Die deutsche Delegation unterwegs.

Berlin, 2. Juni. Die deutsche Delegation für die Tagung des Völkerbundes, die unter Führung des Staatssekretärs v. Schubert steht und der außerdem die Ministerialdirektoren Gaus und v. Dirksen, Gesandter Freitag, Geheimrat v. Weizsäcker und mehrere Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sowie Geheimrat Gallas vom preussischen Kultusministerium angehören, hat Freitagabend Berlin mit dem fahrplanmäßigen Zuge verlassen.

Und die Rheinland-Frage?

Paris, 2. Juni. Unter der Überschrift „Chamberlain in Genf ohne Stresemann und Briand“ beschäftigt sich „Echo de Paris“ mit dem eventuellen Nachfolger Briands. Frankreich und seine Alliierten hätten durch das Anscheiden Briands keinerlei besonderen Verlust zu erleiden. Frankreich würde durch Boncour nur gewinnen. Abgesehen von einzelnen Fehlern, habe Boncour in der Genfer Abrüstungskommission bewiesen, daß er eine starke Widerstandskraft besitze. Die gleichzeitige Abwesenheit Briands und Stresemanns in Genf bedeute für Frankreich den Vorteil, daß die Frage der Räumung des Rheinlandes vertagt werden dürfte, die Stresemann sonst anferockt hätte. Vielleicht, schließt das Blatt, werde aber v. Schubert einen Versuch in dieser Richtung wagen.

Jugoslawien entschuldigt sich.

Belgrad, 2. Juni. Die jugoslawische Regierung hat der italienischen Regierung ihr Bedauern zu den Zwischenfällen in Sebenico und Spalato ausgesprochen und Schadenersatz für die Italienern zugesagten Schäden zugesagt.

Was wird?

Nachdem in den Wahlen das souveräne Volk gesprochen hat, sind jetzt als seine politischen Beauftragten die Parteien an der Arbeit, den Volkswillen auszubilden durch die Aufstellung einer Regierung, deren Zusammensetzung und Arbeitsprogramm dem Wahlausfall entsprechen soll. So einfach das gesagt ist, so schwierig gestaltet sich die Ausführung. Schon in den Anfängen hapert es, und wenn nicht alles klappt, steht uns in den nächsten Wochen eine Krisenzeit bevor, die an Ausdehnung und Verwicklungen alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Zwar haben die Wahlen diesmal mit der Verschiebung der Machtverhältnisse nach links eine richtungweisende Tendenz aufgewiesen, aber trotzdem stehen in den politischen Erörterungen alle nur möglichen Schattierungen der zukünftigen Reichsgewalt zur Debatte, ohne daß bisher Klarheit darüber geworden wäre, welcher Kurs tatsächlich gesteuert werden soll. Vierzehn Tage nach der Wahl und ebenso lange Zeit vor dem Zusammenritt des neuen Reichstages stehen wir immer noch in dem Vorstadium aller Verhandlungen, in dem die mitwirkenden Parteien sich gegenseitig abtasten und im eigenen Schoße die üblichen Richtungskämpfe ausfechten.

Immerhin hat aber auch dieser interne Kampf der Meinungen schon Ausblicke gegeben auf das, was werden wird. Zunächst richten sich alle Augen auf die Sozialdemokratie, die als Siegerin aus der Wahlschlacht hervorgegangen ist und der deshalb nach einem von England stillschweigend übernommenen parlamentarischen Brauch die Initiative bei der Regierungsbildung zufallen soll. So sehr aber der Wunsch der Millionenzahlen die Brust dieser Massenpartei anfangs geschwellt hat, so kahenämmerlich wird ihr zumute in dem Augenblick, in dem die erste Frage voll staatspolitischer Verantwortung an sie herantritt. Mit der stolzen Geschlossenheit der Wahlkampfzeit ist es vorbei und die klaffenden Gegensätze aus der Zeit, da es noch Mehrheiliger und Unabhängiger gab, tun sich wieder auf. Und natürlich sind es allen voran die sachlichsten Genossen, die sich am wenigsten mit dem Gedanken vertraut machen können, die Vorteile der Opposition gegen die Nachteile der Verantwortung hinzugeben. Die wahre und große Verantwortung tragen wir in der „Opposition“, schalt es mit geschwollenem Pathos aus Dresden, Leipzig und Chemnitz nach Berlin. Natürlich nicht die Verantwortung gegenüber dem deutschen Staatswesen, sondern die gegenüber „der Entwicklung der Klasse“, die unseren Volksgenossen wichtiger erscheint als das Wohl der Allgemeinheit. Nur so glauben sie die kommunistische Frage lösen, nur durch verhärteten Klassenkampf die proletarische Mehrheit erobern zu können. Deshalb soll nach ihrem Willen nicht der Berliner Parteivorstand, sondern die Mittelabteilung auf einem allgemeinen Parteitag über die Frage der Regierungsbeteiligung entscheiden. Aber die Parteiführer haben sich inzwischen bereits zu einer anderen Ansicht durchgerungen. Nach betretenem Schwellen am Anfang und nach einigem Schwanken haben sie im „Vorwärts“, dem künftigen Regierungsorgan, verstanden lassen, daß der Sieg verpflichte und der Augenblick zum Handeln zwingt. Das heißt also: grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft mit den zur Mehrheitbildung notwendigen bürgerlichen Parteien. Und mehr noch! Denn gegenüber der Forderung radikaler Organe, daß zum mindesten ein sozialistisches Aktionsprogramm aufzustellen sei, auf das sich die bürgerlichen Koalitionspartner verpflichten müßten, hat es die Parteiführung für notwendig gehalten, einiges Wasser in den sozialistischen Zukunftswein zu gießen mit der nächsten Bestimmung, daß es bei den gegebenen Verhältnissen nun einmal nicht möglich sei, Deutschland ausschließlich nach dem Willen der Sozialdemokratie zu regieren.

Da nach Verlautbarungen aus sozialistischen Kreisen festzustellen scheint, daß sich die neue Reichstagsfraktion mit Mehrheit diesem Standpunkte der Führung anschließen wird, kann also von dieser Seite aus das Spiel beginnen. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, inwieweit den großen Worten der sozialdemokratischen Führer nun auch Taten folgen. Die Parteien der Mitte, die sich in der wenig beneidenswerten Lage sehen, mit der ihnen schon mandatsmäßig überlegenen marxistischen Partei eine Koalitionsgemeinschaft eingehen zu müssen, wenn überhaupt eine Regierung zustande kommen soll, sind auf dem Quivive, wie ihre vorsichtige Zurückhaltung zeigt. Sie sind ja die eigentlichen Verlierer der Wahlschlacht insofern, als ihnen der Schlüssel zur Regierungsbildung aus der Hand geritten

Pilsudski ein sterbender Mann?

Vor heftigen innerpolitischen Auseinandersetzungen in Polen.

(Nachmeldung unterer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 2. Juni. Von über die Vorgänge in Polen auf unterer Seite werden wir auf das Kulturspiel aufmerksam gemacht, das sich dort infolge der ersten Erkrankung des Marschalls Pilsudski entwickelt hat. In der letzten Zeit erschienen in der polnischen Presse Meldungen, daß Marschall Pilsudski soweit wieder hergestellt sei, daß er demnächst einen Erholungsurlaub antreten könne. Im Zusammenhang damit verläute die polnische Presse auf die deutsche Presse die Schuld zu wagen, daß Deutschland Schauer nachrichten über die Krankheit Pilsudskis verbreite. Demgegenüber muß betont werden, daß nicht nur die deutsche, sondern auch die englische Presse sich dafür sehr stark interessiert hat, was bei der ausschlaggebenden Bedeutung Pilsudskis für das politische Leben Polens nicht verwunderlich ist.

Der Gesundheitszustand des Marschalls hat Stoff zu verschiedenen Gerüchten und Kombinationen gegeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß

keine Krankheit sehr ernster Natur ist, wenn sie auch die der Regierung als harmlos darzustellen versuchen. In den Pilsudski unmittelbar nachstehenden Kreisen ist man sich offenbar darüber nicht im unklaren, daß Pilsudski an einer progressiven Erkrankung leidet, die als nicht mehr heilbar angesehen werden kann. Jedenfalls haben die Kreise Pilsudski immer wieder bedrängt, in Urlaub zu gehen. Sie haben erklärt, daß die Krankheit einen anhaltenden Charakter habe, der um so gefährlicher sei, weil man jederzeit einen neuen Anfall erwarten könne. In diesem Zusammenhang haben kürzlich Konferenzen des Staatspräsidenten Polens mit führenden Persönlichkeiten stattgefunden, die sich um zwei Fragen drehten: 1. Wie soll man Pilsudski dazu überreden, auf Urlaub zu gehen? 2. Wer soll die Staatsangelegenheiten des Marschalls übernehmen? Um Pilsudski für diese

Beschlüsse zu gewinnen, hat man sogar den Sejmarschall um Vorstellungen bei Pilsudski gebeten, und es ist ihm tatsächlich gelungen,

den Marschall auf Urlaub zu schicken.

Somit wäre zunächst die erste Frage gelöst. Man täuscht sich aber in Polen nicht, daß auf die Dauer die Lage sich so nicht hinziehen kann. Man täuscht sich auch nicht darüber, daß das Hinscheiden Pilsudskis eine erste Krise im polnischen Staatsleben hervorgerufen würde und daß es zu einem Kampf um die Macht kommen werde.

Schon heute sind Anzeichen vorhanden, daß folgende Gruppen sich um die Macht zu reißen versuchen werden: 1. Die jeigte militärische Gruppe, die sich aus den früheren Legionären mit General Sosnowski zusammensetzt, 2. die sogenannte polnische Demokratie, zu der die drei linksdemokratischen Parteien gezählt werden, 3. die polnische Rechte. Diese Gruppen verfügen derzeit über folgende Kräfte: Die erste Gruppe hat die Armee e hinter sich, vor allem die jüngeren Offiziere. Die zweite Gruppe besteht aus der Arbeitererschaft, besonders den polnischen Eisenbahnern, dann der Miliz, der Sozialdemokratischen Partei und dem Schützenverband, der mit der privilegierten Stellung des Legionärverbandes im polnischen Staat unzufrieden ist. Die dritte Gruppe schließlich verfügt über

das „Vater des großen Polen“.

Durch die Krankheit Pilsudskis dürften auch die Verhandlungen über die Aenderung der polnischen Verfassung zunächst abgebrochen werden. Schließlich scheint der Hinweis gerechtfertigt, mit großen Vertragswerken gegenüber dem polnischen Staat zunächst zurückzuhalten, da man angeht, daß sich dort entwickelnden Zustand nicht weiß, welche Umstände für den polnischen Staat bevorstehen. Das bezieht sich vor allem auch auf den deutsch-polnischen Handelsvertrag, der, wenn das Programm wirklich gelöst werden soll, auf polnischer Seite immerhin einen Verhandlungspartner voraussetzt, dessen Stabilität morgen nicht zweifelhaft in Frage gestellt wird.